

10.03.2017

Die Mitte **CDU**



Liebe Freunde,

viel ist in dieser Woche gestritten und diskutiert worden. Was wir uns gerade alles aus der Türkei anhören müssen, macht mich fassungslos und wütend. So sehr ich das Land an sich auch schätze, aber die derzeitigen Provokationen der türkischen Regierung sind meines Erachtens unerträglich. Wir wollen nicht, dass innertürkische Konflikte in unserem Land ausgetragen werden. Wir müssen jedoch einen kühlen Kopf bewahren, um eine Spirale der Eskalation zu vermeiden und Erdogan nicht in die Opferrolle hineinzutreiben, die er für seine politischen Zwecke in der Türkei braucht. Aber um es klipp und klar zu sagen: Die Nazi-Vergleiche des türkischen Präsidenten Erdogan sind inakzeptabel und klar zurückzuweisen. Wer das demokratische Deutschland mit dem des Nationalsozialismus gleichsetzt, überschreitet nicht nur jedes Maß, sondern disqualifiziert sich selbst!

Apropos Maß: Mit Staunen stelle ich immer wieder fest, wie hemmungslos Martin Schulz im Moment versucht, das Bild eines sozial tief gespaltenen Deutschlands zu zeichnen. Das ist nicht nur kontraproduktiv, sondern schlichtweg falsch. Die SPD schickt sich im Moment an, den nunmehr vierten Bundestagswahlkampf mit der Agenda 2010 zu führen. Wenn die Sozialdemokraten eine „Agenda rückwärts“ wollen, sollen sie es gerne damit versuchen. Das geht an den tatsächlichen Herausforderungen unseres Landes, an den Sorgen der Menschen aber vorbei. Denn wir müssen immer noch *erst* das Geld erwirtschaften und es *dann* den Schwachen in unserer Gesellschaft zugutekommen zu lassen und nicht umgekehrt wie die SPD. Auch in punkto Sicherheit versucht sich Schulz in Augenschere, wenn er behauptet, die Union habe die innere Sicherheit in Deutschland riskiert – während vier der fünf unsichersten Bundesländer von der SPD geführt werden!

Herzliche Grüße
Ihr/Euer

Besuch auf der ITB

Am Donnerstag habe ich die Internationale Tourismusbörse (ITB) besucht. Da ich als Haushaltspolitiker und zuständiger Berichterstatter für das Wirtschaftsministerium auch für die Tourismusbranche zuständig, bin, habe ich unter anderem die Gelegenheit zu einem kurzen, aber interessanten Gespräch mit Petra Hedorfer von der Deutschen Tourismuszentrale (DZT) genutzt. Der Tourismus hat als Wirtschaftsfaktor in Deutschland eine enorme Bedeutung. Nicht nur viele ausländische Besucher kommen jedes Jahr nach Deutschland - auch die Deutschen finden ihr Land als Reiseziel immer attraktiver!



Foto links mit Petra Hedorfer, DZT; Foto rechts unten mit Bernhard Henn, Bundesagentur für Arbeit

Auch die ITB selbst wird als Ziel immer beliebter. Als leitende Messe in der internationalen Tourismuswirtschaft treffen Angebot und Nachfrage hier zusammen wie kaum irgendwo sonst. Insgesamt 187 verschiedene Länder aus fünf Kontinenten stellen sich vor. Auch die Besucherzahlen sind beeindruckend: Mehr als 120.000 Fachbesucher und 60.000 Privatbesucher sind hier unterwegs! Wie immer hat sich der Besuch mehr als gelohnt.

Faktencheck Agenda 2010

Seit Einführung der Reformagenda fiel die Zahl der Arbeitslosen von mehr als fünf Millionen Anfang 2005 auf rund 2,76 Millionen im Februar 2017. Forscher der Universität Mainz führen diese Entwicklung unter anderen auf die bessere Vermittlungsarbeit zurück, die alleine für die Senkung der Arbeitslosenrate um zwei Prozentpunkte verantwortlich sei. Im Zuge des Umbaus der Arbeitsbehörden kamen statistisch gesehen deutlich weniger Arbeitslose auf einen Vermittler. Im selben Zeitraum entstanden 2,7 Millionen

neue, unbefristete und sozialversicherte Jobs. Laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hätten die gute Konjunktur und moderate Lohnabschlüsse die Reformwirkung noch unterstützt. Zwar kletterte die Zahl der Leiharbeiter von gut 300 000 (in 2013) auf 1 Million (in 2016), dies habe laut IAB-Forschern jedoch auch positive Folgen: Bei der Hälfte der Leiharbeit handele es sich um zusätzliche Stellen.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

Arbeitsmarktforschung: Längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld erhöht Langzeitarbeitslosigkeit

Die Arbeitsmarktforschung zeigt, dass ein enger Zusammenhang zwischen der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld und der Dauer der Arbeitslosigkeit existiert. Der Arbeitsmarktexperte des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Holger Schäfer kommt zu dem Ergebnis, dass eine längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, wie von SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz gefordert, falsche Anreize setze und die gute Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt gefährde. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Zuge der Agenda 2010 merklich gebessert. Schäfer zufolge

laufe eine Rücknahme der Reformen Gefahr, die erzielten Erfolge zunichte zu machen, da eine verlängerte Bezugsdauer dazu führe, dass in Sachen Lohn die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit von Arbeitslosen immer weiter auseinander ginge. Großzügige soziale Leistungen gingen mit entsprechend höheren Lohnansprüchen an eine neue Beschäftigung einher. Auch eine Verschärfung der Befristungsquoten hält der Arbeitsmarktforscher für unnötig.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze (Betriebsrentenstärkungsgesetz)

In erster Lesung widmen wir uns nachhaltigen Veränderungen der betrieblichen Altersversorgung in Deutschland, die unter anderem das Sozialpartnermodell betreffen. Wir legen damit die Grundlage für eine reine Beitragszusage in Tarifverträgen anstelle der bisherigen Zusage mit Mindestleistung sowie für die Weitergabe ersparter Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge in Höhe von 15 Prozent. Weitere Regelungsbereiche umfassen außerdem eine neue Geringverdienerförderung und die Optimierung der Riester-Rente.

Stärkung der Arzneimittelversorgung in der GKV

Um Patienten auch künftig mit hochwertigen und innovativen Arzneimitteln zu versorgen und gleichzeitig die langfristige Finanzierbarkeit des deutschen Gesundheitswesens zu gewährleisten, beschließen wir in zweiter und dritter Lesung Maßnahmen zur Stärkung der Arzneimittelversorgung von gesetzlich Krankenversicherten und des Pharmastandortes Deutschland als solchem. Des Weiteren entwickeln wir die mit dem Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz eingeführten Instrumente weiter, z.B. durch bessere Berücksichtigung der Besonderheiten von Kinderarzneimitteln und Antibiotikaresistenz bei der Nutzenbewertung.

Die Maut kommt

Wir legen in dieser Wahlperiode den Grundstein für eine Verbesserung der Verwaltung, der Planung und der Instandhaltung unserer Infrastruktur. Nachdem wir mit dem Bundesverkehrswegeplan 2030 eine Rekordsumme für Erhalt und Ausbau der Verkehrsverbindungen in Deutschland bereitgestellt haben, muss nun alles in die Wege geleitet werden, dass es zügig mit Ausbau und Instandsetzung vorangeht. Dazu bereiten wir die Gründung einer Autobahngesellschaft vor, die in Zukunft alle Aufgaben, die sich aus Planung, Bau und Instandhaltung der Autobahnen ergeben, in einer Hand bündeln soll.

Eines der wichtigsten Mittel für Erhalt und Ausbau stellt die Nutzerfinanzierung der Autobahnen dar, die bereits mit der Einführung einer LKW-Maut begonnen wurde. Wir gehen in dieser Woche den zweiten Schritt an und setzen unsere Pläne auch für die PKW-Nutzer um. Wir stellen damit sicher, dass nun alle Nutzer deutscher Autobahnen, inländische und ausländische, zu deren Erhalt beitragen, ohne dass inländische Autofahrer schlechter gestellt werden. Das nach Rücksprache mit der EU-Kommission überarbeitete Regelwerk für die PKW-Maut, die Infrastrukturabgabe, beraten wir in dieser Woche im Plenum in erster Lesung.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 24

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Marlen Homeyer